

VORSCHLÄGE DES VORSTANDES ZUR TÄTIGKEIT AN DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG vom 11.4.2026

VORSCHLAG 1 - DIE MITBESTIMMUNGSRECHTE JETZT ENDLICH ANWENDBAR MACHEN

Das Parteien-Bündnis ist gegenüber den Wählern die Verpflichtung eingegangen, mit der absoluten Mehrheit im Landtag die gesetzlichen Bedingungen zu schaffen für gut und wirksam anwendbare direktdemokratische Instrumente.

Diese absolute Mehrheit (18 Stimmen: 4 - Südtiroler Freiheit, 4 - TeamK, 3 - Grüne, 1 - Freiheitliche, 1 - PD/DP, 1 - Wir Bürger – A. Colli, 1 - Leiter Reber, 1 - JWA, 1 - Vita, 1 - Widmann) ist beim Beginn der Behandlung der beiden Gesetzentwürfe der Initiative im Plenum des Landtages vorhanden gewesen und war der Grund für die von der SVP vorgeschlagene Vertagung der weiteren Behandlung und dem Versuch einer Verständigung zwischen „Minderheit“ und „Mehrheit“. Dem Vorschlag wurde von der „Minderheit“ zugestimmt. Der Vorstand der *Initiative* schlägt der Mitgliederversammlung vor, im heurigen Jahr alle Kräfte auf die nach 30 Jahren greifbar nahe Möglichkeit zu konzentrieren, die Mitbestimmungsrechte endlich anwendbar zu machen.

Dabei geht es vor allem darum bekannt zu machen, was im Landtag jetzt ansteht und eine Erwartungshaltung in der Öffentlichkeit zu schaffen, die die potenzielle Mehrheit vom Oktober stärkt, mit der eingegangenen Verpflichtung im “Bündnis der Parteien für Mehr Demokratie” das gesetzte Ziel der Verabschiedung der beiden Gesetzentwürfe zu verwirklichen.

Dazu sind folgende Aktivitäten notwendig, **vorausgesetzt sie können finanziert werden:**

1. Ein bisher nicht gegebenes sicheres und effizientes **Kommunikationsmedium** in Form einer **Newsletter-Software** für Informationen via E-Mail;
2. Betreuung der social media;
3. Eine klare und übersichtliche **Darstellung der Pro- und Kontra-Argumente** zu den einzelnen Elementen der beiden Gesetzentwürfe, die allen Landtagsabgeordneten rechtzeitig vor der entscheidenden Sitzung übergeben wird;
4. In den angekündigten **Gesprächen mit der SVP** (von denen bisher nur eines stattgefunden hat) auch deren, bisher kaum greifbaren Argumente sammeln;
5. **Gespräche mit allen Parteien des Bündnisses und den einzelnen Abgeordneten**, die im Oktober ihre Bereitschaft zur Unterstützung bekundet haben;
6. Bemühen, in möglichst vielen **Medien** je eine **Ansprechperson** über den Stand der Dinge informiert zu halten;
7. Die **Organisationen**, die den Offenen Brief an die Landtagsabgeordneten im September 2025 mitgetragen haben, **motivieren**, entsprechend ihren Möglichkeiten, für die Präsenz der anstehenden Entscheidung im öffentlichen Bewusstsein zu sorgen;
8. Mit einer **geeigneten Strategie** soll gewährleistet werden, dass alle bisher unterstützenden Landtagsabgeordneten dazu beitragen, dass die Mitbestimmungsrechte anwendbar werden;
9. Öffentliche Bekanntheit soll auch mit einer **Leserbriefkampagne** verfolgt werden;
10. Falls in der nötigen Aufmachung möglich, eine **Paukenschlag-Veranstaltung** zum Thema Direkte Demokratie;
11. **Eine Erklärung und ein Aufruf international anerkannter Politikwissenschaftler** zur Demokratie in Südtirol;
12. Zur entscheidenden Landtagssitzung vor der Sommerpause eine **medienwirksame Inszenierung auf dem Vorplatz des Landtages**, z.B. mit der unbrauchbar gemachten Ausstellung zur Anwendung der Direkten Demokratie in Südtirol.

VORSCHLAG 2 - BEI NEGATIVEM AUSGANG IM LANDTAG ANTRITT ZU DEN NÄCHSTEN WAHLEN

Im Hinblick auf die Behandlung der beiden Gesetzentwürfe im Landtag beschließt die MGV im Falle einer nicht zustande kommenden absoluten Mehrheit, dass sich die Initiative für mehr Demokratie zu den kommenden Landtagswahlen 2028 in geeigneter Form präsentieren wird und folglich die Initiative als Verein entweder in der Führung neu besetzt oder, sollte das nicht möglich sein, aufgelöst wird. Diese Entscheidung soll medienwirksam bekannt gemacht werden.

Im Falle dass die zur Verabschiedung der beiden Gesetzentwürfe nötige absolute Mehrheit nicht zustande kommt, scheint es nur noch zwei Möglichkeiten zu geben, das gesetzte Ziel anwendbarer Mitbestimmungsrechte zu erreichen:

1. Das Auftreten einer neuen Landesliste, die sich an den Zielen der Initiative und an deren politischen Vorstellungen orientiert und diese verfolgt.
2. Eine gerichtliche Klage auf EU- und UN-Ebene gegen die lokale Verwaltung wegen einer Verletzung des Autonomiestatutes.

Da es keinen anderen Weg zu geben scheint, die Ziele der Initiative zu erreichen, sollten diese zwei Möglichkeiten als stärkste Argumente vor der Behandlung medienwirksam kommuniziert werden.

VORSCHLAG 3 - ZWEI GESETZESINITIATIVEN IM REGIONALRAT

Mit zwei Gesetzesinitiativen sollen im Zusammenarbeit vor allem mit dem TeamK und angestrebterweise mit dem „Mehr Demokratie“ Parteien-Bündnis das Petitionsrecht in den Gemeinden anwendbar gemacht und das Referendum über Beschlüsse des Gemeinderats und -ausschusses eingeführt werden.

Das Referendum ist das wichtigste Mitbestimmungsrecht überhaupt. Mit ihm kann über ein Gesetz abgestimmt werden, bevor es in Kraft tritt. Nur so ist garantiert, dass ein Gesetz nur gilt, wenn es tatsächlich von einer Mehrheit in der Bevölkerung gewollt wird. Das ist das Grundprinzip der Demokratie. Dass es immer noch in den Gemeindefestsetzungen fehlt, ist also ein gravierender Mangel der Gemeindedemokratie, der ehestens zu beheben ist.

VORSCHLAG 4 - KUNSTAKTION NACH J. BEUYS DEMOKRATIE-NO-STOP

Im vergangenen Jahr hat die *Initiative für mehr Demokratie* es sich in Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen im Rahmen eines Weiterbildungsprojektes zur Aufgabe gemacht, junge Menschen zu den Themen „Demokratie“ und „Ein Gutes Leben für Alle“ anzusprechen. Sie hat dabei erlebt, wie schwierig das ist und dass es Beharrlichkeit und größtmögliche Offenheit braucht auf diesem Weg weiter zu kommen. Demokratie muss von den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt, vertieft und intensiviert werden, um eine Zukunft zu haben – vor allem von den jungen Erdenbürger*innen. Es geht um ihre Welt.

Heuer wollen wir es in diesem Sinn mit einer Kunstaktion versuchen, zu der uns Joseph Beuys Aktion auf der Documenta 5 inspiriert. 1972 veranstaltete er in Kassel eine 100-tägige Aktion mit dem Titel *Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung*. An 100 Tage denken wir nicht gerade (kann aber auch noch werden), aber an vier Tage **NO-STOP-DEBATTE** über Demokratie, parlamentarische und direkte, partizipative und digitale in einem gut zugänglichen öffentlichen Raum im Herzen Bozens.

Stattdessen sollen an diesen Tagen - möglichst im Mai oder Anfang Juni - und rund um die Uhr, zum Thema Demokratie, Begegnungen, Gespräche, Diskussionen, Lesungen, Video-Projektionen und Musikauftritte. International eingeladen werden Politikwissenschaftler, Politiker, Künstler, Aktivisten und alle Bürgerinnen und Bürger, um sich über Demokratie auszutauschen, sich über den Stand ihrer Entwicklung in Südtirol und weltweit zu informieren. Vorgesehen ist eine fortlaufende mediale Berichterstattung.

In die Gestaltung und Präsentation der Kunstaktion sollen vor allem junge Menschen einbezogen werden und diese ansprechen.

Die für die Kunstaktion bestens geeigneten Räumlichkeiten werden dankenswerter Weise der Initiative vom Forum Prävention im GoetheHaus in der Goethestraße zur Verfügung gestellt!

Um öffentliche Förderung werden wir beim Amt für Weiterbildung ansuchen. Wahrscheinlich werden wir aber erst nach dem angestrebten Zeitpunkt erfahren, ob diese Finanzierung gewährt wird. Deshalb wollen wir diese Aktion auch dazu nutzen, um endlich mit Sponsoren einen finanziellen Grundstock für die Tätigkeit der *Initiative* anzulegen.

VORSCHLAG 5 – DIE GESCHICHTE DES KAMPFES UM MEHR DEMOKRATIE IN SÜDTIROL

Seit dreißig Jahren verfolgen wir praktikable Mitbestimmungsrechte für die Bürger*innen in unserem Land. Seit 24 Jahren sind sie Verfassungsauftrag, aber mit den zwei dazu erlassenen Gesetzen (2005 und 2018) wurden sie nur zum Schein anwendbar gemacht. Die größten Versuche der Verhinderungen haben wir mit den zwei Referenden 2014 und 2021 abgewehrt. Auch diese hat man mit schäbigsten Mitteln versucht nicht stattfinden zu lassen. Den Bürger*innen wird damit die Hälfte der Demokratie vorenthalten. Davon gibt es in der Bevölkerung kein Bewusstsein. Im vergangenen Tätigkeitsjahr war es noch nicht gelungen, jemanden zu finden, der diese Geschichte schreiben würde. Deshalb schlägt der Vorstand der Mitgliederversammlung vor, auch heuer wieder eine dafür qualifizierte Person (Politikwissenschaftler, Historiker, Journalist ...) zu suchen und mit der Darstellung dieser Verhinderungsgeschichte zu beauftragen. In einem ersten Schritt soll eine sachliche Dokumentation erstellt werden, die in der Folge die Grundlage bieten soll für weitere journalistische Aufbereitung zur weitest möglichen Verbreitung. Die Kosten müssen mit Spenden gedeckt werden.

VERWIRKLICHT WURDE SCHON IM HINBLICK AUF DAS REFERENDUM ÜBER DIE GERICHTSBARKEIT EINE DT. ÜBERSETZUNG UND DIE ONLINE-VERBREITUNG DES VON 'PIÙ DEMOCRAZIA ITALIA' VERFASSTEN ABSTIMMUNGSHFTES

März 2026